

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/AVIE/209

Bonn, den 15. Oktober 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite: Zeilen:

10 Koalition der gescheiterten Kronprinzen 63
Spreuß drängt zu Erhard - CDU-Landesparteitag ohne Bundespolitik
Von Bruno Friedrich

24 Jährlich 65 000 Verkehrstote in 14 Staaten Europas. 104
"Berntende Versammlung des Europarats" zur Verkehrsnot
Von Jakob Altmier, MdB und Mitglied des Europarats

6 Staat und Gemeinde 60
Zum Abschluß der Kommunalpolitischen Bundeskonferenz der SPD

6 Sozialdemokratischer Kräftekongreß in München 61
Anregungen für eine moderne Gesundheitspolitik

***** WIR BEACHTUNG *****

80 000 griechische Gastarbeiter sind in der Bundesrepublik tätig. Der Sozialdemokratische Pressedienst hat seinen griechischen Korrespondenten Dr. B. I. Hatzioannidis gebeten, die Lage der griechischen Gastarbeiter in der Bundesrepublik zu untersuchen. - In zwangloser Reihenfolge werden wir zu diesem Thema mehrere interessante Artikel veröffentlichen.

80 000 GRIECHISCHE GASTARBEITER

Ihr Einkommen - ihre Leistung - ihre Zukunft

Chefredakteur Günter Markscheffel

Koalition der gescheiterten Kronprinzen

Strauss drängt zu Erhard - Landesparteitag ohne Landespolitik

Von Bruno Friedrich

Am 25. November 1962 sind in Bayern Landtagswahlen. Sechs Wochen vorher, am 13. Oktober, hat der CSU-Landesvorsitzende Franz-Josef Strauss, die 700 Delegierten der CSU-Landesversammlung in Nürnberg ohne landespolitische Argumente in den Wahlkampf entlassen. Zweieinhalb Stunden sprach Strauss am Samstag vor den Delegierten, und nur 20 Minuten seiner Redezeit galten der Landespolitik. Die wirklichen Fragen der Landespolitik wurden von Strauss mit keinem Wort angesprochen. Der wichtigste Bereich, die Kulturpolitik, blieb unerwähnt. Wie der Landespolitik selbst erging es auch den Landespolitikern der CSU. Strauss machte eine rhetorische Verbeugung vor Ministerpräsident Erhard, er lobte die Zahlungsbereitschaft seines Freundes, des Finanzministers Eberhard gegenüber Bonner Wünschen; die übrigen Landespolitiker mußten auf Anerkennung verzichten.

"Übergangs-Kronprinz"

Zwei volle Stunden donnerte Strauss über Bundespolitik. Er sagte seinen Landespolitikern, wem der Erfolg in der Landespolitik zu danken sei: Der Bundespolitik, und dort vor allem einem Mann, dem Stellvertreter des Bundeskanzlers, Ludwig Erhard. Der Name Erhards wurde den Delegierten immer und immer wieder eingeschämmt. "Die CSU ist ihm geschlossen gefolgt", rief Strauss. Er bestätigte, wofür bereits CSU-Generalsekretär Zimmermann am Freitag in einer Pressekonferenz die Weichen gestellt hatte: Sechs Wochen vor der Landtagswahl presste Strauss die Landesversammlung der CSU in das Thema der Kanzler-Nachfolge.

Das wirkliche Thema der Landesversammlung lautete: Erhard, Erhard über alles! - Der Übergangs-Kronprinz steht im Rampenlicht!

Aufschrei aus Schwäche

In der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner rechtfertigte Strauss seinen Ruf. Die wilde Polemik gegen Willy Brandt konnte

Straussens schwache Position nicht verdecken. Sein Verhalten in Nürnberg enthüllte zwei wichtige Tatbestände.

Zum ersten, daß es Strauss mit der von ihm angestrebten Ministerpräsidentenkandidatur ernster war, als allgemein angenommen wurde. Hundhammer ist es gelungen, seinem liebsten Parteifeind Strauss die Rückzugsbasis in München zu zerstören. Durch eine Flucht nach vorn, durch die Umarmung des Wirtschaftsministers Erhard, hofft Strauss, seine Position in Bonn gegen den aufkommenden Gerhard Schröder zu stärken. Deshalb stand nicht die Landespolitik, sondern Erhard im Mittelpunkt der Landesversammlung. Ausgerechnet in einem Augenblick, in dem ein Teil der CDU beginnt, Erhard als Kanzler-Nachfolger fallenzulassen. Was in Nürnberg begründet wurde, war lediglich die Koalition der in Bonn gescheiterten Kronprinzen.

Zum zweiten enthüllte Nürnberg das tiefe Zerwürfnis innerhalb der CSU. Das Verhalten von Strauss hat die bestehende Kluft weiter aufgerissen. Sie besteht vor allem zwischen dem Hundhammer-Flügel und den Strauss-Anhängern, die sich vornehmlich aus den Vertretern der Landesgruppe in Bonn zusammensetzen. Der einzige Strauss-Freund in der Landespolitik, Finanzminister Eberhard, ist in München hoffnungslos isoliert.

MP-Kandidat Goppel schon aufgegeben

Strauss spürt die Gefahr. Mit neurotischer Empfindlichkeit witzte er in Nürnberg gegen alle Berichte über die Spaltungstendenzen und Spannungen innerhalb der CSU. Gerade diese Überempfindlichkeit machte deutlich, wie uneinig diese Partei gegenwärtig ist. Durch ihre internen Auseinandersetzungen hat sie sich so geschwächt, daß es ihr nicht möglich war, eine politische Konzeption für die bayerische Landespolitik zu entwickeln. Sie ist heute unfähig, ihre Ziele für die nächsten vier Jahre bayerischer Politik klar und in einer die Dringlichkeit berücksichtigenden Reihenfolge vorzulegen. Der deutlichste Beweis: Der im Falle eines CSU-Wahlsieges als Ministerpräsident vorgesehene Alfons Goppel sprach vor dem Plenum der Landesversammlung in Nürnberg genau drei Minuten, ohne daß er dabei angekündigt und als Kandidat für das höchste bayerische Regierungsamt vorgestellt wurde!

Jährlich 65 000 Verkehrstote in vierzehn Staaten Europas!

"Beratende Versammlung des Europarats" zur Verkehrsnot
Von Jakob Altmair MdE und Mitglied des Europarats

Obwohl sie der Springquell alles dessen war, was heute um die Limitung Europas wüthet und webt, ist die "Beratende Versammlung des Europarates" in Strassburg ein rechtes Stiefkind geworden. Von der Presse nahezu ignoriert, von den Regierungen, denen diese Strassburger Versammlung keine Gesetze vorschreiben und höchstens Ratschläge erteilen kann, wird sie nur noch als illegitimer und lästiger Balg betrachtet, eine Last für die gute Familie. Sehr zu Unrecht. In Wahrheit könnte es den nationalen Parlamenten und den Völkern nur guttun, würden sie dieser Strassburger Versammlung ein klein wenig mehr Aufmerksamkeit und Beachtung schenken. Viele dürre Strecken nationaler und parlamentarischer Wüste könnten durch dieses Strassburger Parlament bewässert und fruchtbar gemacht werden. Kein Feld des öffentlichen Lebens, das nicht im Europa-Haus beackert wird, sei es sozial, ökonomisch, kulturell oder politisch. Welch eine Summe von Erfahrungen und Anregungen wird in den Kommissionsitzungen und im Plenum der Beratenden Versammlung wie mit einem Bagger aus der Tiefe des Volkes und Staatslebens hervorgeholt.

* * *

Ein Beispiel: In der letzten September-Tagung gab es eine öffentliche Verkehrsdebatte. Karl Czernetz, der sozialdemokratische Abgeordnete aus Wien, gab den Kommissionsbericht. Trockene Sache? Oh nein. In Millionen Exemplaren sollte dieser Bericht in allen Ländern verbreitet werden, der das Ergebnis langer Beratungen der hervorragendsten Verkehrssachverständigen Westeuropas ist. Was Czernetz in einer grossen und leidenschaftlichen Rede darlegte, sollte sowohl die Regierungen und Parlamente, die Kreistage und Gemeindeverwaltungen nicht mehr ruhig schlafen lassen.

Da hörten wir, dass im Jahre 1961 in den vierzehn dem Europe-Rat angehörenden Staaten 65 000 Menschenleben durch Kraftwagen-Unfälle auf den Landstrassen ausgelöscht worden sind. Eineinhalb Millionen Menschen wurden nach diesen Unfällen ins Krankenhaus transportiert, viele von ihnen sind dort nachträglich ihren Verletzungen erlegen, wie viele Arm- und Beinamputierte und lebenslängliche Krüppel aus den Spitalern entlassen werden mussten, ist unbekannt.

65 000 Tote, das sind 65 000 betroffene Familien, wobei der höhere Prozentsatz der Toten und Verletzten auf das Lebensalter von 15 - 25 Jahren entfällt. Der deutsch-französische Krieg von 1870/71 hatte die beiden Völker nicht die Hälfte an Toten und kaum ein Fünftel an Verletzten und Kranken gekostet!

* * *

Gegenüber 1955 bedeuten die Ziffern von 1961 ein Mehr von 20 000

Toten und 300 000 Verletzten. Dass die Deutsche Bundesrepublik an der Spitze aller Länder steht, ist die besondere Tragik. Nehmen wir das Jahr 1960, von dem alle Ziffern bekannt sind. Dann ergibt sich:

Land	Tote	Verletzte
Bundesrepublik	14 109	438 221
England	6 970	340 581
Frankreich	8 295	185 031
Italien	8 107	201 283
Österreich	2 341	67 640
Schweiz	1 269	34 432

Was bei den vergleichenden Ziffern die Deutsche Bundesrepublik besonders belastet, sind nachstehende, allerdings aus dem Jahre 1959 stammende Angaben: Bei einer Bevölkerungszahl von rd. 43 Millionen Einwohnern in Frankreich gab es dort rd. 11,4 Millionen Kraftwagen; in England mit 50,5 Millionen Einwohnern 8,5 Millionen Motorfahrzeuge; in der Bundesrepublik mit nahezu 53 Millionen Einwohnern rd. 7,5 Millionen Kraftfahrzeuge.

Erschwerend für die deutschen Unfallziffern ist die Tatsache, dass unser Straßennetz nicht das schlechteste in Europa ist und die Autobahnen sich immerhin sehen lassen können. Auf diesen Ruhm, bei viel weniger Fahrzeugen die höchste Zahl an Toten auf den Landstrassen zu lassen, sollten wir sobald als möglich verzichten.

* * *

Vor Jahren bat ich einmal einen hohen Beamten des Bundesverkehrsministeriums um eine Erklärung dieses deutschen Unfallphänomens. Nicht zu Unrecht sagte uns damals schon der Gefragte: "Da haben wir noch die Überreste des Dritten Reiches. Menschenleben ist bei uns immer noch sehr billig. Auf unseren Landstrassen herrscht zumeist der Kraftprotz. Wer den stärksten Wagen und den stärksten Motor hat, der regiert. Was kann mir der Kleine und Schwache schon tun, wenn er mit seinem Tonnenlaster zusammenstößt? Die Hauptsache, ich komme voren."

* * *

Dass die Kommission des Europarates sich in ihrem ausgezeichneten und erschöpfenden 68 Seiten umfassenden Bericht ausführlich mit den Ursachen der Kraftwagenunfälle beschäftigt, und was getan werden könnte, sie auf ein nie zu verhandelndes Minimum zu beschränken, das ist der besondere Wert dieser Studie. Da lesen wir von den Vorschlägen über Fahrereigenschaften, Arbeitsbedingungen der Kraftwagenfahrer, über Verkehrserziehung in den Schulen, da sind die Vorschläge und Gutachten erfahrener Fachleute über Alkoholgenuss, über Fahrerlizenzen und ihre Handhabung bei Kranken, Jugendlichen und älteren Menschen über 60 Jahren. Da ist ein Kapitel über die Frage der Wegweiser und andere internatio-

15. Oktober 1962

sol zu regelnde Fahrvorschriften, über die Art des Strassenbaues und vor allem über die Verwendung der Benzin- und Kraftwagensteuer, die restlos dem Ausbau und der Verbesserung von Strassen und Strassenübergängen zugute kommen sollte.

* * *

In der Bundesrepublik, so belehrt uns der Bericht, ergaben diese Steuern im Jahre 1961 ein Einkommen von 5,7 Milliarden DM. Davon wurden für den Strassenbau leider nur 3,63 Milliarden DM ausgegeben.

In Belgien und anderen Staaten sind diese Zahlen noch beschämender und angesichts der Unfälle noch empfindlicher. Dass eine unbedingte Pflicht regelmässiger Wageninspektionen für alle Kraftfahrzeuge gesetzlich festgelegt werden müsste, ist eine andere Forderung der Expertenkommission. Wenn in den zivilisierten Ländern heute selbst in den Schulen eine regelmässige ärztliche Kontrolle für Kinder, ja selbst für deren Zähnegang und gäbe ist, wie ist es zu verantworten, dass der Staat noch nicht eine periodische Prüfung und Kontrollierung der Krafträder und Kraftwagen erhoben hat? Hier ist eine Staatsaufgabe, die bei einer seit 1958 jährlichen Zuwachsrate in Westeuropa von 13 Prozent Kraftfahrzeugen unerschwinglich ist und eine der vornehmsten und vorzüglichsten Aufgaben der Parlamente sein sollte.

* * *

Dass die Expertenkommission des Europarates von Radartaxen nicht viel hält, und sie abgeschafft haben möchte, ist beachtenswert. Andererseits fordert der Bericht mehr Polizeiposten auf den Strassen, wobei ein angegebener schwedischer Beispiel zeigt, dass auf einer beobachteten Wegstrecke die Unfallrate um 40 Prozent sank, solange die Polizeikontrolle viermal so stark war.

* * *

Reicht die Frage: Was wäre die Pflicht der Industrie und Kraftwagenproduzenten und was könnten sie tun, um diesem entsetzlichen Morden auf den Landstrassen Einhalt zu gebieten? Dass deren Organisatoren keinen Vertreter in die Europakommission gesandt hatten, ist ein höchst betrübliches Kennzeichen. Zweifellos ist die Verminderung der Unfälle nicht zuletzt auch eine Frage des Autobaus, worüber die Strassburger Sachverständigen lehrreiche Auskünfte gegeben haben. Bei jährlich 65 000 Toten auf den Landstrassen und anderthalb Millionen Verletzten darf nicht mehr die Profitrate, die industrielle Produktion und der Konkurrenzkampf der Konzerne allein ausschlaggebend sein. Nicht mehr die Maschine, sondern der Schutz des Menschenlebens muss das Zentralproblem der Produktion und des Verkehrs werden.

Ob Staat, ob Industrie, ob Gewerkschaften: 65 000 Tote im Jahre 1961 sollten die Gewissen mobilisieren, die Hirne und die Herzen. Unschwer, als der Bericht der europäischen Experten wörtlich sagt: "85 bis 95 Prozent aller Unfälle sind auf menschliche und vermeidbare Fehler zurückzuführen."

* * *

Staat und Gemeinde

sp - Die Stellung der Gemeinden im und ihr Verhältnis zum Staate wurde auf der 8. Kommunalpolitischen Bundeskonferenz der SPD in München unter vielerlei Gesichtspunkten erörtert. Für die Sozialdemokraten ist dies an sich in den Grundzügen nicht zweifelhaft. Aber wenn ein so eminenter Jurist wie der bayerische Minister für Unterricht und Kultus Prof. Maunz die These begründet, der Staat sei in unserer Bundesrepublik zweistufig aufgebaut, bestehe also eigentlich nur aus Bund und Ländern, dann wird es an der Zeit, festzustellen, daß die Sozialdemokraten die dritte Stufe, nämlich die Gemeinden, als gleichwertig und gleichberechtigt und nicht etwa als eine untergeordnete Befehlsabgabestelle ansehen. Zu diesen Schlußfolgerungen kam der Arbeitskreis "Staat und Gemeinde" der Konferenz, für den der Darmstädter Oberbürgermeister Dr. L. B n g e sprach.

Auf der Kommunalpolitischen Konferenz der SPD ging es um die Klärstellung, was die SPD in ihrer Kommunalpolitik grundsätzlich und praktisch vertritt. Sie geht davon aus, daß unsere Bundesrepublik dreistufig, Gemeinde, Land und Bund, aufgebaut ist und bleiben soll, daß daher auch den Gemeinden exekutive Funktionen zustehen. In Bayern gibt es nämlich Gemeindepolizei, aber auch eine betonte Tendenz der von der CSU bestimmten Koalitionsregierung, die Gemeinden durch knappe Polizeizuschüsse und andere Massnahmen davon abzubringen, selbst ihre Polizei zu unterhalten. Der Kampf um die Gemeindefreiheit, der nicht nur grundsätzlich zu vertreten ist sondern auch eine Reihe von Forderungen in sich schließt, wird hier zum unmittelbaren Objekt der politischen Auseinandersetzung.

Natürlich gibt es auch andere Gebiete, die zu diesem Problem zu rechnen sind, die Verantwortung der Gemeinden für Schulbauten, für Wohnbaupolitik, die Fragen der Baugesetzgebung, die überall im Vordergrund stehen die Verkehrsprobleme und vieles mehr. Unter dem Gesichtspunkt, daß der Gemeindegänger mit vollem Recht die Lösung vieler ihm unmittelbar angehenden Fragen von der Gemeinde erwartet und zu denen nicht zuletzt die in vielen Städten immer noch brennende Wohnungsfrage gehört, gab es auf der Konferenz der SPD-Kommunalpolitiker manch hartes Wort zu dem bevorstehenden Ende des Mieterschutzes. In einer temperamentvollen Rede betonte der Hamburger Bürgermeister Dr. K e v e r m a n n , daß der Begriff des Mieterschutzes für die Sozialdemokraten zur sozialen Rechtsordnung gehöre und alles andere als der Ausfluss einer kriegsbedingten Zwangswirtschaft sei.

Nicht minder lebhaft wurde auch verschiedentlich das noch vom dritten Bundestag verabschiedete Sozialhilfegesetz deshalb angegriffen, weil es den Gemeinden das Recht der eigenen Sozialhilfe nimmt, ihnen aber dennoch die Kosten aufbürdet. Dies bedeute eine Aushöhlung der kommunalen Demokratie, denn es spaltet - ebenso wie das Jugendwohlfahrtsgesetz - die Gemeindegänger in konfessionelle Gruppen und stellt zudem einen schweren Eingriff in den von der SPD vertretenen Grundsatz echter Selbstverwaltung dar. Bekanntlich sind Klagen beim Bundesverfassungsgericht anhängig, allerdings nicht von Bayern, obwohl gerade die bayerische Verfassung in unzweideutigem Gegensatz zu diesen Bestimmungen der beiden Gesetze steht.

Zur allgemeinen Erörterung grundsätzlicher wirtschaftlicher Fragen weitete sich die Diskussion im Arbeitskreis über kommunale Finanzen aus, bis man dort die Erfolge einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und entsprechender Planung - in Holland und Frankreich mit der ungünstigen Kapitalmarktlage - nicht zuletzt für die Gemeinden - bei nachlassendem Wachstumstempo unserer Wirtschaft verglich.

Der Bericht dieses Arbeitskreises mündete in die Frage ob diese Bundesregierung überhaupt noch in der Lage sei, die längst fällige Finanzreform durchzuführen. Sie wurde nicht positiv beantwortet. Daher war der Grundton der Erörterung wenig hoffnungsvoll, zumal festgestellt wurde, daß Bund und Länder ihre Schulden abzubauen in der Lage sind, während bei den deutschen Gemeinden die Schuldenlast erst neuerdings wieder erheblich angewachsen ist.

Und auch das ist ein wichtiges, nein ein entscheidendes Kapitel des Themas "Staat und Gemeinde"

+ + +
Sozialdemokratischer Ärztekongreß in München

Anregungen für eine moderne Gesundheitspolitik

KW - In zunehmendem Maße baut die Sozialdemokratische Partei ihre Politik auf die Ratschläge fachmännischer Gremien auf, deren Beratungen einen ständigen Gedankenaustausch zwischen Experten und Politikern zum Wohle der Gemeinschaft darstellen. Diese Aufgabe hatte sich auch der am vergangenen Wochenende in München veranstaltete 8. Ordentliche Deutsche Sozialistische Ärztekongress gestellt. Es ging hierbei um die Probleme der Gesundheitspolitik im modernen Industriestaat.

Gesundheitspolitik ist nicht "ergänzte Sozialpolitik"

Unter dem Begriff der Gesundheitspolitik soll nicht etwa eine erweiterte oder ergänzte Sozialpolitik verstanden werden

- *Man begreift mit diesem Wort vielmehr den Schutz vor gesundheitlichen Gefahren für den Einzelnen wie für die Gesellschaft und damit die Heilbehandlung, das Krankenhauswesen, Forschung, Lehre und Schutz vor Umweltgefahren sowie die Gesundheitsvorsorge ebenso wie die Gesundheitsförderung als einheitliches gesellschaftliches Aufgabengebiet.

Diese Fragen im Einzelnen zu diskutieren und im Zusammenhang darzustellen war die wesentliche Aufgabe des Deutschen Sozialistischen Ärztekongresses, der damit eine Beratungsgrundlage für SPD schafft, die, einem Beschluß des Parteitages von 1960 entsprechend, die Grundsätze einer sozialdemokratischen Gesundheitspolitik festlegen wird.

Staatssekretär im Gesundheitsministerium soll Arzt sein

Weiterhin beschäftigte sich der Kongress mit der Tätigkeit des neu geschaffenen Bundes-Gesundheitsministeriums, das nach Ansicht der sozialdemokratischen Ärzte weit davon entfernt ist, voll arbeitsfähig zu sein. Bedauerlicherweise wurde die Verzögerung bei der Ernennung eines Staatssekretärs in diesem Ministerium. Dieser Staatssekretär in einem Gesundheits-

heiterministeriums unbedingt ein Arzt sein, wenn die bevorstehenden Erörterungen gesundheitspolitischer Gesetze im Ministerium mit der erforderlichen Sachkunde behandelt werden sollen. Der Kongress richtete daher an die SPD-Fraktion im Bundestag die Aufforderung, bei der Bundesregierung in geeigneter Weise vorstellig zu werden.

Kostenbeteiligung der Krankenversicherung abgelehnt

Die Kostenbeteiligung in der Krankenversicherung lehnten die sozialdemokratischen Ärzte einmütig ab. Es wurde in einem Fachvortrag von Prof. Dr. Wilhelm Hagen - Bonn in diesem Zusammenhang darauf verwiesen, dass der Versuch, Mißbräuche durch die Kostenbeteiligung zu beseitigen zu wollen allzuleicht die wichtige Frühdiagnose gefährden könnten. Dem Vorstand der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Ärzte wurde eine Entschließung aus dem Bezirk Mittelrhein überwiesen, die ein neues deutsches Arzneibuch ebenso wie eine Apothekenbetriebsordnung fordert und eine Reihe weiterer Maßnahmen zur Arzneimittelversorgung in Aussicht nimmt. Für diese Fragen wird später eine eingehende Stellungnahme erfolgen. Es lag noch eine weitere Entschließung vor, in der in diesem Zusammenhang auch eine Toxizitätsprüfung von Medikamenten in Erwägung gezogen wurde. Hiergegen aber gab es Einwendungen grundsätzlicher Art, da die persönliche Haftung von Herstellern von Arzneimitteln nicht ausgeschlossen werden dürfe. Die Initiative der SPD-Bundestagsfraktion, öffentliche Mittel für sogenannte Contergan-Kinder zu fordern wurde begrüßt. Einmütig sind die Ärzte der SPD der Ansicht, daß in Fällen von Totzucht eine Unterbrechung der Schwangerschaft gestattet werden müßte.

Arbeit im europäischen Rahmen

Viel Interesse erweckten nach der Beratung der gesundheitspolitischen Richtlinien, die in Verbindung mit sozialdemokratischen Ärzten Österreichs, der Benelux-Länder, Skandinaviens, Frankreichs und Italiens zur sozialistischen Gesundheitspolitik für Europa ausgebaut werden soll - die Darlegungen des bayerischen Landtagsabgeordneten Dr. O e c k l e r über die Notwendigkeit und das Wirken von Ärzten im parlamentarischen Leben. Dr. Oeckler nahm hierbei vor allem auf die erfolgreiche Schluckimpfung in Bayern und auf das immer vordringlichere Problem einer ausreichenden Dotierung von Krankenhausbauten durch die Länder Bezug.

* * *

Bei der Wahl des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Ärzte im Bundesgebiet und Westberlin wurden wiederum Ministerialrat Dr. H. K a r l - Dösgeldorf als erster und Dr. S c h u l t e - Künster als zweiter Vorsitzender gewählt.

* * *